



## Von der Abhörstation zur Zuhörstation

am 3.05.2017 diskutieren im Ökowerk Politiker und Aktionsbündnis Teufelsberg mit Gästen über die Zukunft des Teufelsberges

von Richard Rabensaatz

„Wir haben das Gelände in Augenschein genommen, auch Under-Cover, aber wir haben keine wirklichen Beanstandungen gehabt“, sagt Oliver Schruoffenegger, Bezirksstadtrat für Umwelt, Jugend und Familie beim Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf bei einer Diskussion im Ökowerk. Gewerbe gebe es auf dem Teufelsberg nicht, hatte das Bezirksamt bei einer Besichtigung im September 2016 festgestellt und auch der Müll und die weiteren Umweltgefahren auf dem Plateau seien weitgehend beseitigt, so Schruoffenegger. Auch planungsrechtlich sei es gegenwärtig nicht möglich, die Eigentümer zu weiteren Zugeständnissen hinsichtlich Verkaufspreis und Gestaltung des Geländes zu bewegen.

Das Aktionsbündnis Teufelsberg hatte Mitglieder des neu gewählten Bezirksparlaments eingeladen, um mit diesen und den Gästen der Veranstaltung darüber zu diskutieren, wie sich die Zukunft des Teufelsberges aus Sicht von Politikern und Aktionsbündnis gestaltet. Nicht geladen waren der Eigentümer und derzeitige Pächter und die Initiative Kultur-Denk-Mal Berliner Teufelsberg e.V. Beide hätten durchaus nützliche Kommentare und Ergänzungen zur Diskussion beisteuern können. Die Initiative ergriff dann allerdings in der anschließende Diskussion das Wort.

„Wir sind der Ansicht, dass es ein Grundstück im öffentlichen Interesse ist, das auch wieder in öffentliches Eigentum überführt werden soll. Deshalb haben wir den Eigentümer nicht eingeladen“, sagt ein Vertreter des Aktionsbündnisses. Das ist schade, wie auch der geladene Umweltpolitische Sprecher der CDU Fraktion im

Abgeordnetenhaus, Danny Freymark feststellt, der allerdings geladen ist und mit auf dem Podium sitzt. „Wir werden Geld in die Hand nehmen müssen, um die Station zurückzukaufen. Berlin gibt viel Geld für unsinnige Dinge aus, hier wäre es einmal angebracht, auch eine größere Summe bewegen“, so Freymark. Ebenso wie die anderen Vertreter auf dem Podium ist er der Ansicht, dass es sich um einen „magischen Ort“, so der Vertreter der Linken, Michael Efler, handelt. Kunst und Historie hätten auf dem Teufelsberg unbedingt ihren Platz, beteuern die Diskutanten. Diese sollten auf jeden Fall auch künftig vor Ort weiter entwickelt werden. Allerdings liege der Teufelsberg im einem Landschaftsschutzgebiet. Eine neue Naturschutzverordnung hat der Berliner Senat ausgearbeitet, in einigen Monaten wird sie in Kraft treten. Diese verändert den bisherigen Zuschnitt der Naturschutzgebiete Berlins. Der Teufelsberg wird dann zusammen mit dem Postfenn und dem Teufelsfenn zu einem Naturschutzgebiet zusammen gefasst, so Friedrich-Wilhelm Graf zu Lynar, der Leiter des Umweltamtes Charlottenburg.

Efler hat zusammen mit dem Mitglied des Aktionsbündnisses, Hartmut Kennewig, ebenfalls unerkannt und unangemeldet eine Besichtigung des Geländes vorgenommen, war fasziniert davon, ist aber auch der Ansicht, dass dieses in öffentliches Eigentum überführt werden solle.

Keiner der Anwesenden hatte allerdings eine Idee, wie das geschehen könne. „Es werden Hintergrundgespräche geführt, auch über den Verkauf. Aber den Mondpreis der Eigentümer wird niemand akzeptieren“, so Kennewig. Allerdings haben die Eigentümer wenig Veranlassung unter Preis zu verkaufen. Die gegenwärtigen Einnahmen aus Besichtigungen und Vermietungen werden verwendet, um das Grundstück und die Gebäude zu erhalten. Der Teufelsberg erfreut sich weltweit einer großen Beliebtheit. „Die Touristen und Besucher aus aller Welt sehen hier ein Stück Berlin, das in anderen Teilen der Stadt weitgehend verschwunden ist und sind begeistert“, sagt Niklas Mascher, der Touristen über das Plateau führt und 2011 zusammen mit Shalmon Abraham der erste Pächter der Station war und half das Gelände wieder zugänglich zu machen. „Die Station wandelt sich doch: von der Abhörstation zur Zuhörstation“, bemerkte Katrin Storz, die auf dem Teufelsberg schon mehrere Jahre in einer Projektwerkstatt mitarbeitet.

Letztlich zeigte sich, dass die Positionen innerhalb der Bezirkspolitik weitgehend unverändert sind. Erst eine Entscheidung des Berliner Senates könnte eine grundsätzliche Veränderung der Lage auf dem Teufelsberg bewirken, erklärten die anwesenden Politiker einhellig. „Das war ja wie ein Deja-Vu“ stellte Kai Dobberke fest, der für den Tagesspiegel die Veranstaltung besuchte und bezog sich auf die Veranstaltung zu der vor einem Jahr bereits das Aktionsbündnis in ungefähr gleicher Konstellation eingeladen hatte.